

Zerfallerscheinungen der Demokratie

von

**Craig Calhoun,
Dilip Parameshwar Gaonkar
und Charles Taylor**

**suhrkamp taschenbuch
wissenschaft**

suhrkamp taschenbuch
wissenschaft 2419

Mit analytischer Schärfe zeichnen Craig Calhoun, Dilip Parameshwar Gaonkar und Charles Taylor in diesem Buch aus unterschiedlichen Perspektiven die Aushöhlung unserer Demokratie nach. Sie beleuchten, wie die herrschenden Eliten versuchen, ihre Privilegien zu sichern, und wie individuelle Freiheit zum Feind von Gleichheit und Solidarität wurde. Aber sie zeigen auch Wege einer möglichen demokratischen Erneuerung auf: Zum einen gilt es, die Idee des Gemeinwohls wiederzuentdecken und an republikanische Traditionen anzuschließen, zum anderen könnten soziale Bewegungen wie Black Lives Matter oder der Green New Deal als Kompass dienen. Ein Weckruf.

Craig Calhoun ist Professor für Sozialwissenschaften an der Arizona State University in Phoenix. Zuvor war er Direktor der London School of Economics and Political Science und Präsident des Social Science Research Council.

Dilip Parameshwar Gaonkar ist Direktor des Zentrums für Transkulturelle Studien und Professor für Rhetorik und öffentliche Kultur an der Northwestern University in Evanston.

Charles Taylor ist emeritierter Professor für Philosophie an der McGill University in Montreal. Im Suhrkamp Verlag sind zuletzt erschienen: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung* (stw 1929), *Ein säkulares Zeitalter* (2012), *Die Wiedergewinnung des Realismus* (zus. mit Hubert Dreyfus, 2016) und *Das sprachbegabte Tier. Grundzüge des menschlichen Sprachvermögens* (2017).

Craig Calhoun
Dilip Parameshwar Gaonkar
Charles Taylor

Zerfallerscheinungen der Demokratie

Aus dem Englischen
von Andreas Wirthensohn

Suhrkamp

Die Originalausgabe erschien erstmals 2022 unter dem Titel
Degenerations of Democracy bei Harvard University Press.

Herausgegeben vom Institut für
die Wissenschaften vom Menschen



Institut für die Wissenschaften vom Menschen
Institute for Human Sciences

Erste Auflage 2024

suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2419

Deutsche Erstausgabe

© der deutschsprachigen Ausgabe Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2024

© 2022 by the President and Fellows of Harvard College

Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch
eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining
im Sinne von § 44b UrhG vor.

Umschlag nach Entwürfen

von Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

Druck und Bindung: C. H. Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-30019-0

www.suhrkamp.de

*Wir widmen dieses Buch dem Center for
Transcultural Studies und seinem
Vorläufer, dem Center for Psychosocial
Studies, die es uns ermöglicht haben, mehr
als dreißig Jahre lang
gemeinsam zu lernen.*

Inhalt

Einleitung	9
1. Zerfallerscheinungen der Demokratie	36
2. Widersprüche und Doppelbewegungen	78
3. Kompromisse mit dem Kapitalismus	146
4. Authentizität und Meritokratie	213
5. Machen wir den <i>demos</i> sicher für die Demokratie?	258
6. Die Struktur demokratischer Zerfallerscheinungen und das Gebot der direkten Aktion	291
7. Was tun?	331
Schluss	413
Danksagung	454
Namenregister	457

Einleitung

Die Zukunft der Demokratie scheint immer düsterer zu werden. Wir wollen dem entgegenhalten, dass sich die Demokratie erneuern lässt, dass sie florieren kann, dass sie inklusiver, egalitärer und mit mehr Macht ausgestattet werden kann. Wir müssen allerdings einräumen, dass dies eine Umkehr der Entwicklungen bedeuten würde, die wir um uns herum beobachten.

Die Amerikaner könnten Hoffnung schöpfen aus der bemerkenswert hohen Wahlbeteiligung im Jahr 2020. Zumindest konnte die langjährige politische Apathie abgebaut werden. Doch dann weigerten sich der unterlegene Präsidentschaftskandidat und Millionen seiner Anhänger, die Ergebnisse zu akzeptieren. Im Zuge vielfältiger Bemühungen, die Wahl rückgängig zu machen, kam es sogar zur Erstürmung des US-Kapitols. Die Extremheit, Bösartigkeit und sogar Gewalttätigkeit der Spaltung zwischen den Parteien sind nach wie vor alarmierend.

Uneinigkeit und Konflikte sind freilich nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt. Die Demokratie ist weltweit unter Druck geraten. Ähnliche Fragen und Emotionen bestimmten 2016 das Brexit-Votum in Großbritannien und lasten seither schwer auf dem Land. Ängste mit Blick auf Veränderungen, die Macht der Bürger und nationale Identitäten sind in Frankreich, Deutschland, Polen, Ungarn und den meisten anderen europäischen Ländern weit verbreitet. Russland ist offiziell, nicht aber in der Praxis demokratisch. Trotz beeindruckender Widerstandsfähigkeit ist die größte Demokratie der Welt in Indien durch Polarisierung und majoritären Nationalismus bedroht. Und dort, wo die Demokratie Wurzeln zu schlagen schien, zerfällt sie stattdessen wie in Äthiopien oder wird wie in Südafrika und weiten Teilen Mittelamerikas immer problematischer. China schwankt seit langem zwischen der Behauptung, eine Form von Demokratie aufzubauen, und der Kontrastierung des eigenen Modells – das wahlweise als konfuzianisch, kommunistisch oder einfach chinesisch bezeichnet wird – mit dem, was es als zunehmendes Versagen der westlichen Demokratien ansieht. Während liberalere Demokratien unter der Corona-Pandemie lit-

ten, wurde China immer autoritärer und rühmte sich zugleich, eine »funktionierende Demokratie« zu verkörpern.

In diesem Buch konzentrieren wir uns nicht auf schwierige oder gestoppte Übergänge zur Demokratie. Vielmehr geht es um Zerfallserscheinungen in Ländern, die lange Zeit als starke Demokratien galten. Natürlich gibt es zwischen beiden Aspekten einen Zusammenhang. Der Zerfall der Demokratie in Ländern wie den Vereinigten Staaten lässt sie für angehende Demokraten in anderen Ländern weniger vielversprechend erscheinen. Die ethno-nationalistische Herrschaft und die zunehmende Missachtung von Verfassung und Recht machen Indien weniger zu einem Vorbild.

An Büchern und Artikeln über die Krise und den möglichen Verlust der Demokratie herrscht kein Mangel. Dieses Buch hebt sich dadurch ab, dass es die langfristigen Zerfallserscheinungen der Demokratie von innen heraus betont, im Gegensatz zu Angriffen von außen und den Verheerungen, die schlechte Politiker anrichten; dass es gleichzeitig aber auch die Bedeutung sozialer und kultureller Grundlagen – und nicht nur rein politischer Reformen – für die Erneuerung der Demokratie deutlich macht.

Zweifellos wird die Demokratie durch korrupte und eigennützige Politiker geschädigt, die die soziale Spaltung aus machttaktischen Gründen bewusst voranreiben. Sie wird durch die Manipulation ihrer Regeln, die Unterdrückung von Wählerstimmen, Gerrymandering und Versuche, Wahlen zu diskreditieren, geschwächt. Die »Rettung« der Demokratie erfordert jedoch mehr als nur prozesuale oder technische Reparaturen.

Die Erneuerung muss sich mit zwei Arten von Grundlagen für die Demokratie befassen, die nicht gänzlich in der politischen Demokratie als solcher enthalten sind: erstens mit republikanischen Verfassungen und Normen der Bürgertugend und zweitens mit den sozialen Voraussetzungen für eine wirkmächtige Bürgerschaft, zu denen auch gesellschaftliche Solidarität und Grenzen der Ungleichheit gehören. Ohne die Wiederherstellung dieser Grundlagen kann die Demokratie nicht gedeihen.

Die Grundlagen sind zum Teil kultureller und moralischer Natur. Der Wiederaufbau muss das Engagement für bürgerliche Tugenden und das Gemeinwohl wiederherstellen; er muss die kollektive Identität erneuern und die Korruption eindämmen. Der verfassungsmäßige Schutz der Rechtsstaatlichkeit, der guten Regie-

rungsführung und der Rechte *aller* Bürger darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss auch verinnerlicht und geachtet werden. Entscheidend sind dafür nicht zuletzt materielle Faktoren. Die Ungleichheit hat dramatisch zugenommen – beim Einkommen, beim Vermögen und während der Corona-Pandemie sogar bei der Qualität der Gesundheitsversorgung. Das bedeutet, dass in vielen Ländern ganze Gruppen von Bürgern sehr unterschiedliche Erfahrungen mit politischen Maßnahmen und sozialen Veränderungen gemacht haben; sie sitzen buchstäblich nicht »in einem Boot«. Aber auch die Ungleichheit ist nicht die ganze Geschichte. Mindestens genauso wichtig ist die Erosion sozialer Bindungen – auf kommunaler und übergreifender Ebene –, die die Bürger über alle Unterschiede hinweg zusammenschweißen. Gesellschaftliche Solidarität ist nicht nur ein Gefühl, sondern auch eine Struktur sozialer Beziehungen. Sie muss auf der Ebene der lokalen Gemeinschaften, der nationalen Institutionen und der vielen dazwischenliegenden Vereinigungen wiederhergestellt werden.¹

Dimensionen des Zerfalls

In Kapitel 1 skizziert Charles Taylor drei Faktoren, die für die jüngsten Abwärtsspiralen des Zerfalls von zentraler Bedeutung sind: die Entmächtigung der Bürger, das Scheitern der Inklusion und das hyperparteiische und majoritäre Streben nach politischen Siegen auf Kosten einer gemeinsamen Zukunft. Das sind nicht die einzig möglichen Komponenten des Zerfalls, aber sie sind entscheidend, und wir kommen in diesem Buch immer wieder auf sie zurück.

Eine robuste Demokratie ist eine Möglichkeit, alle Bürger und Bürgerinnen zu »ermächtigen«, sowohl in der Politik als auch in ihrem sonstigen Leben. Ein solches Empowerment ermutigt zu Kontroversen und bringt Spannungen zwischen öffentlichen und

1 Wir konzentrieren uns in diesem Buch auf die Demokratie innerhalb von Staaten, nicht auf die Perspektiven für eine transnationale Demokratie. Letztere mag wünschenswert sein, aber dazu wären nicht nur neue rechtliche Regelungen oder die Achtung universeller Rechte erforderlich, sondern auch soziale Grundlagen, die derzeit nicht existieren. Die Fähigkeiten des Staates werden heute durch globale Zwänge herausgefordert, aber Staaten sind nach wie vor von zentraler Bedeutung für demokratische Projekte.

privaten Interessen zum Vorschein. Es führt zu Widerstand seitens einiger Eliten. Es bringt aber auch die Fähigkeit zur Mobilisierung mit sich, um gemeinsam Probleme zu lösen und das Zusammenleben weiter zu verbessern. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind keine bloßen Abstraktionen, sondern von praktischer Bedeutung für das Leben der Bürger einer Demokratie. Sie können aber auch degenerieren.

Die Demokratie hängt von der Ermächtigung (*empowerment*) der Bürger ab – und zerfällt mit ihrer Entmächtigung (*disempowerment*). Letztere untergräbt sowohl die Möglichkeit, sich wirksam in öffentliche Angelegenheiten einzumischen, als auch die Bemühungen, persönliche Herausforderungen zu bewältigen. Die Entmächtigung erfolgt nicht nur durch explizite Blockaden wie z. B. Wahlbeschränkungen, sondern auch durch den Verlust der sozialen Voraussetzungen für wirksames Handeln. Um im Alltag von der Demokratie zu profitieren und für mehr Demokratie zu kämpfen, sind nicht nur individuelle, sondern auch soziale Fähigkeiten erforderlich. Bürger werden durch Gemeinschaften und Nachbarschaften, Organisationen wie Gewerkschaften, in Kirchen, Moscheen und Synagogen gebildete Netzwerke, Eltern-Lehrer-Vereinungen, Jugendsportvereine und Sozialverbände gestärkt. Soziale Bewegungen ermächtigen die Menschen, die sie mobilisieren, indem sie auf bestehenden Verbindungen aufbauen und neue entwickeln. Und sie können selbst dann ermächtigend wirken, wenn sie ihre expliziten Ziele nicht erreichen.

Verstärkt wird die Entmächtigung durch extreme wirtschaftliche wie auch durch *politische* Ungleichheit. Die Regierung ist intransparent und distanziert, für den Normalbürger unzugänglich und wird von einer scheinbar eigenen politischen Klasse geführt. Die Mitglieder dieser Klasse als privilegierte Eliten zu bezeichnen heißt nicht, dass es sich um dieselben privilegierten Eliten handelt, die den Unternehmens- und Finanzkapitalismus beherrschen. Es handelt sich um verschiedene Fraktionen der herrschenden Klasse, die nicht immer völlig auf einer Linie liegen.² Die so genannten popu-

2 In Anlehnung an Pierre Bourdieu könnte man anmerken, dass Universitätsprofessoren, Journalisten und einige andere Fachleute einen dominanten Teil dieser herrschenden Klasse ausmachen. Sie sind privilegiert, verfügen über eine Eliteausbildung und besitzen Möglichkeiten der Mitsprache und des Einflusses, die den meisten Bürgern verwehrt sind. Aber sie haben im Allgemeinen weder wirtschaft-

listischen Bewegungen, für die beispielhaft die Brexiteers in Großbritannien und der Trumpismus in den Vereinigten Staaten stehen, haben gezeigt, dass selbst relativ gutsituierte Menschen das Gefühl haben können, keine politische Macht zu haben. Dabei geht es nicht nur darum, dass sie in Washington oder Westminster kein Gehör finden; es geht auch darum, dass sie nicht in der Lage sind, für eine funktionierende Müllabfuhr zu sorgen oder die Straßen in ihrer Gegend ausbessern zu lassen.

Eine weitere Dimension der Demokratie ist die politische Inklusion. Dabei geht es nicht um mehr oder weniger Macht, sondern um ein stärkeres oder schwächeres Gefühl der Zugehörigkeit und Beteiligung. Die Demokratie wurde häufig durch Restriktionen bei der formalen politischen Teilhabe eingeschränkt – wie zum Beispiel durch die Vorenthaltung des Wahlrechts für Sklaven, Frauen und Männer ohne ausreichenden Besitz in den Vereinigten Staaten. Die US-Demokratie hat sich mit der Ausweitung des Wahlrechts weiterentwickelt und zerfällt, wenn versucht wird, dieses zu beschneiden, wie es nach der Reconstruction geschah und heute in vielen US-Bundesstaaten geschieht. Und die Wahlunterdrückung ist nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt.

Aber auch die informelle Einbeziehung ist wichtig. Erkennen sich die Bürger gegenseitig als gemeinsame und gleichberechtigte Mitglieder des Gemeinwesens an? Wird die formelle Anerkennung durch den Staat ergänzt durch die informelle Anerkennung unter den Mitbürgern? Race, ethnische Zugehörigkeit, Religion, Einwanderungsstatus und andere Unterscheidungen können die politische Inklusion fragmentieren und einschränken. Dabei geht es nicht nur um die Rechte von Minderheiten; wir müssen uns fragen, inwiefern manche Menschen als Mehrheit anerkannt werden, während andere als Minderheiten behandelt werden, oder was passiert, wenn Menschen, die sich für die rechtmäßige Mehrheit halten, sich mit der zunehmenden Bedeutung anderer Gruppen konfrontiert sehen. Der Mehrheitsstatus ist eine Frage der Kulturpolitik, nicht nur der Zahlen.³

liche noch politische Macht. Siehe Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, übers. von Bernd Schwibs und Achim Russer (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1982).

3 Als das ehemalige Jugoslawien zerfiel, wurde die ethnische Neuordnung durch eine Frage befördert, die ein gängiges Sprichwort so auf den Punkt brachte: »War-

Ein beträchtlicher Teil der US-Bürger wehrt sich gegen eine Neudefinition der amerikanischen Identität, die Schwarze, Indianer, Latinos/as, Asiaten und andere einschließt. Einige halten an der alten Vorstellung einer weißen, christlichen Nation fest.⁴ Sie wollen nicht zur Minderheit werden. Ähnliche Fragen stehen im Raum, wenn Kanada versucht, anglophone und frankophone Bürger gleichzustellen, den First Nations volle Staatsbürgerrechte und Anerkennung zu gewähren und neue Einwanderer zu integrieren. Eine ängstliche »Englishness« bildete die Grundlage für den Brexit und untergräbt eine integrativere britische Identität. Dominante ethnische Gruppen scheinen offensichtlich in der Mehrheit zu sein – sie werden oft als »legacy nations« bezeichnet. Doch nationale Mehrheiten sind immer konstruiert – sowohl durch materielle Veränderungen als auch durch den Diskurs –, in Frankreich oder Ungarn nicht anders als in Ländern, die sich explizit durch ihre Vielfalt auszeichnen, wie Kanada, die Vereinigten Staaten und Großbritannien.

Wenn die Bekundung »Wir, das Volk« nicht mehr das Ganze einschließt und stattdessen die Feindseligkeit einer realen oder imaginären Mehrheit gegenüber allen Minderheiten zum Ausdruck bringt, ist das Ergebnis eine verzerrte, schädliche Ausdrucksform des echten Bedürfnisses nach Solidarität unter demokratischen Bürgern. Solidarität ist nicht Konformität und beinhaltet selten Einstimmigkeit. Demokratie ist fast immer Streitbar und strittig. Die Bürger, die ihre unterschiedlichen Vorstellungen durchsetzen wollen, sind agonistisch, aber nicht unbedingt antagonistisch. Sie wollen argumentative Auseinandersetzungen gewinnen, aber nicht unbedingt auf Kosten des anderen. Anders verhält es sich, wenn eine extreme politische Polarisierung die Parteinahme in den Vordergrund stellt. Die Demokratie zerfällt, wenn die Bürger zuerst fragen, was die Menschen in meinem eigenen Lager glauben oder denken oder tun – und nicht, was für die gesamte Gesellschaft gut ist.

um sollte ich in deinem Land in der Minderheit sein, wenn du in meinem Land in der Minderheit sein kannst?» So berichtet es der Politikwissenschaftler Ivan Krastev in Ezra Klein, *The Rest of the World is Worried about America*, in: *New York Times*, 1. Juli 2021.

4 Robert P. Jones, *The End of White Christian America* (New York: Simon and Schuster, 2017).

Parteilichkeit kann konstruktiv oder zumindest handhabbar sein, solange sie der Sorge um das Gemeinwohl untergeordnet ist. Die Befürworter der jeweiligen Seite dürfen sich gerne darüber streiten, was das Beste für alle ist. Es ist jedoch nur ein kleiner Schritt von dem Versuch, einen Streit zu gewinnen, zu der Einschätzung, dass der Sieg wichtiger ist als das Streben nach dem Gemeinwohl. Kein Wunder, dass Parteigänger nach taktischen Vorteilen suchen. Wie Ezra Klein gezeigt hat, verleiten verschiedene Anreize rationale politische Akteure leider regelmäßig dazu, auf eine Art und Weise nach kurzfristigen Vorteilen zu streben, die eine gute Regierungsführung untergräbt und die Polarisierung fördert.⁵ Extrem oder übermäßig parteiische Menschen stellen den Sieg über alle anderen Überlegungen – und das ist ein Problem. Extreme Parteigänger finden sich nicht nur in Konfrontationen wieder, sondern suchen sie geradezu und arrangieren sie, weil sie Kooperation als Verrat an ihrer parteipolitischen Sache ansehen. Sie blockieren eine effektive Regierung, wenn sie ihren Willen nicht durchsetzen können, und sie steigern damit Groll und Frust der Öffentlichkeit. Sie machen sich die kulturellen Gräben zunutze, damit die Wahlinteressen einzelner Kandidaten mit den Präferenzen der polarisierten Wähler übereinstimmen. Sie verlangen die uneingeschränkte Befolgung extremer Parteipositionen und hindern gewählte Amtsträger daran, unabhängig zu handeln. Extreme Parteilichkeit kann eine Partei nicht nur mit anderen Parteien, sondern auch mit den Präferenzen der meisten Bürger in Konflikt bringen – und es ihr dennoch erlauben, kurzfristig wählerwirksam zu bleiben. Kurz gesagt: Extreme Parteilichkeit kann ein wichtiger Faktor für den Zerfall der Demokratie sein.

Eine solche extreme Parteilichkeit lässt sich nicht einfach mit den Einstellungen des Einzelnen erklären. Sie wird durch den Karrierismus der Politiker gefördert, aber auch das ist keine ausreichende Erklärung. Vielmehr spiegelt extreme Parteilichkeit gesellschaftliche Spaltungen wider. Sie entstehen, wenn die sozialen Grundlagen der Demokratie nicht geteilt werden. Wenn die Verbindungen zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen schwach sind, können ihre Mitglieder leichter stark unterschiedliche Auffas-

5 Ezra Klein, *Der tiefe Graben. Die Geschichte der gespaltenen Staaten von Amerika*, übers. von Katrin Harlaß (Hamburg: Hoffmann und Campe, 2020).

sungen darüber entwickeln, was in der Gesellschaft vor sich geht, widersprüchliche Erzählungen darüber, wie die Dinge so geworden sind, wie sie sind, und schrille Schuldzuweisungen für die Entstehung von Problemen und das blockierte Vorankommen. Und die Extreme der Parteilichkeit sind in der Regel reaktiv. Es handelt sich nicht einfach um stabile Meinungsverschiedenheiten, sondern um Bewegungen, die durch destabilisierende Veränderungen – große Transformationen – ausgelöst werden.

Die Spaltung der Gesellschaft in sich gegenseitig nicht verstehende Fraktionen wird durch die Geographie, durch unterschiedliche Positionen mit Blick auf den ökonomischen Wandel und ökonomische Sicherheit sowie auf ethnische und religiöse Zugehörigkeit und durch die Politik beeinflusst. Sie überschneidet sich mit den oft beschworenen Echokammern der verschiedenen Mediennetzwerke. Eindimensionale, abgeschottete Medien verstärken die soziale Spaltung. Sie machen aus der Parteilichkeit eine beinahe epistemologische Divergenz, wenn das primäre Kriterium für die Wahrheit das ist, was diejenigen auf meiner Seite glauben. Auf jeder Seite bleiben die Menschen nicht nur bei ihren bevorzugten Kanälen oder Feeds, sondern sie filtern auch abweichende Nachrichten und Belege heraus. Die Ansichten über die »Realität« werden sowohl durch emotionale als auch intellektuelle Bemühungen, die kognitive Dissonanz zu verringern, verzerrt. Das heißt, die Menschen erkennen die Fakten, die mit ihren etablierten Denk-, Fühl- und Handlungsweisen übereinstimmen, und widersetzen sich den Fakten, die nicht dazu passen, oder ignorieren sie.⁶ Jahrzehntlang

6 In Zeiten politischer Polarisierung wird häufig darauf verwiesen, dass Fakten an Meinungen nichts ändern würden. Richtiger wäre es zu sagen, dass die Art und Weise, wie Fakten aufgenommen werden, das unbewusste Bemühen widerspiegelt, an bereits bestehenden Denk- und Gefühlsweisen festzuhalten. In einer berühmten Studie untersuchten der Sozialpsychologe Leon Festinger und seine Kollegen, wie die Mitglieder einer Sekte, deren Anführer den Weltuntergang prophezeite, reagierten, als die Katastrophe nicht eintrat. Die kurze Antwort lautet, dass zwar einige aus der Sekte austraten, die meisten jedoch Mittel und Wege fanden, die Auswirkungen dieser unangenehmen Tatsache herunterzuspielen, sie zu einem bloßen Rechenfehler zu erklären und ihre Verpflichtungen gegenüber ihrem Glaubenssystem und ihrer Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Sie wollten damit aktiv die »kognitive Dissonanz« reduzieren, die sowohl ein emotionaler Zustand als auch ein Problem des Denkens ist. Leon Festinger/Henry W. Riecken/Stanley Schachter, *When Prophecy Fails* (New York: Harper, 1956); siehe auch David Heise,

haben hochmobile Eliten die Globalisierung mit Freude betrachtet und geglaubt, dass »wir alle kosmopolitisch werden«. Nicht-Eliten waren angesichts der Veränderungen eher frustriert und glaubten lieber an QAnon oder andere Verschwörungstheorien. Unterschiedliche Medien verbreiten und verstärken solche Überzeugungen, verursachen sie aber nicht selbst.

Polarisierung bedeutet also mehr als extreme Meinungsverschiedenheiten; sie meint eine Divergenz in der Art und Weise, wie die Welt gesehen wird. Sie resultiert nicht nur aus dem taktischen Opfern des Gemeinwohls, sondern aus grundlegend unterschiedlichen Auffassungen von Öffentlichkeit und Gemeinwohl. Diese unterschiedlichen Auffassungen von der Welt beruhen auf unterschiedlichen sozialen Positionen mit unterschiedlichen materiellen Aussichten sowie auf unterschiedlichen Lebensweisen. Und diese Unterschiede korrelieren in der Regel mit dem Wahlverhalten: ländlich versus urban, mehr versus weniger gebildet, beruflich hochqualifiziert oder nicht, religiös oder nicht, rote Staaten versus blaue Staaten.

Die Demokratie ist nicht nur ein Projekt des rationalen Diskurses. Auch Emotionen, Identitäten und Interessen spielen bei ihr eine Rolle. Wo die Demokratie robust ist, werden unterschiedliche Identitäten anerkannt und konkurrierende Interessen ausgehandelt. Das Gefühl der politischen Ausgrenzung und der Ohnmacht kann manchmal zur Resignation und zum Rückzug aus der Politik führen. Aber zu anderen Zeiten ruft das Gefühl, vernachlässigt oder ausgeschlossen zu werden oder bei politischen Entscheidungen immer den Kürzeren zu ziehen, Wut, Ressentiment und parteiische Bemühungen hervor, Schuldige zu finden, die dafür verantwortlich gemacht werden können.

Die Frustration wächst, wenn Menschen in ihrem Leben und in ihren Gemeinschaften Verwerfungen oder Verschlechterungen er-

Expressive Order: Confirming Sentiments in Social Actions (New York: Springer, 2007). Damit ließe sich auch die Bereitschaft vieler Anhänger von Donald Trump erklären, seine Wahlniederlage als Diebstahl zu interpretieren. Zweifellos hat dazu auch die Ermutigung durch mediale Filterblasen und Verschwörungstheoretiker beigetragen. Aber wir sollten die gleiche Art von Analyse auch auf die herrschende liberale Elite anwenden, die jahrelang große Schwierigkeiten hatte, die »Tatsache« der Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die ein Hauptgrund für die Unterstützung Trumps ausmachte, überhaupt zu erkennen.

leben, wenn sie das Gefühl haben, ihren Kindern nicht versprechen zu können, dass die Dinge in Zukunft besser werden, wenn, kurz gesagt, »das System« für sie nicht gut funktioniert. Noch zusätzlich verstärkt wird der Frust, wenn die politischen Eliten es versäumen, auf den Schmerz oder die Wut der Bevölkerung einzugehen. Ungleichheit wirkt sich unter anderem darauf aus, wie die Globalisierung, neue Technologien und die Rolle des Finanzwesens erfahren werden. Politische Ausrichtungen spiegeln jedoch nicht einfach und unmittelbar materielle Interessen oder Nöte wider.

Entmächtigung, fehlende Inklusion und extreme Polarisierung zeigen sich öffentlich am deutlichsten, wenn sie in politischen Bewegungen zusammenkommen, die behaupten, den von der konventionellen Politik vernachlässigten »echten Menschen« eine Stimme zu geben. Diese Bewegungen, die häufig als »populistisch« bezeichnet werden, sind Reaktionen auf eine wahrgenommene (und vielleicht auch tatsächliche) Vernachlässigung. Ihre Motivation ist weniger ideologisch als emotional und spiegelt Ressentiments und Frustration wider. Befeuert durch die Zerfallserscheinungen der Demokratie, können solche Bewegungen zu weiteren Verwerfungen, aber auch zu einer neuen Beteiligung am demokratischen Prozess führen.

Wütende und ressentimentgeladene Populisten müssen nicht zwangsläufig am Rand der Gesellschaft stehen. Natürlich sind einige von ihnen direkte Opfer des ökonomischen Wandels. Viele leben außerhalb der Großstadtreionen, die die meiste öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Einige fühlen sich tatsächlich abgehängt; bei anderen werden einfach ihre Erwartungen nicht erfüllt. Sie haben das Gefühl, dass sie nicht zu ihrem Recht kommen, selbst wenn sie in Vororten der oberen Mittelschicht leben und ihre Kinder auf Privatschulen schicken. In der Überzeugung, dass sie doch eigentlich *das* Volk sind, ärgern sie sich, wenn »zu viele« Chancen an Einwanderer oder ethnische Minderheiten vergeben werden. Einige verteidigen traditionelle Geschlechterrollen. Sie sind in Sorge wegen gesellschaftlicher Veränderungen – sogar Veränderungen in den intimen Beziehungen –, die ihnen ihre Länder als fremd erscheinen lassen oder so, als würden sie nicht mehr ganz ihnen gehören.

Überrumpelt

Jahrelang gingen die Menschen, die in den älteren liberalen Demokratien lebten, einfach davon aus, dass diese die Zukunft der Menschheit darstellen. Diese Demokratien als »liberal« zu bezeichnen bedeutet, dass sie die Rechte des Einzelnen, von Minderheiten und offene politische Meinungsverschiedenheiten schützen – im Gegensatz zur Demokratie, die als Streben nach Gleichheit oder anderen potenziellen Fortschritten mit autoritären Mitteln verstanden wird. Wie wir insbesondere in Kapitel 2 zeigen, ist es die Ergänzung der Demokratie durch den Republikanismus, die ihre liberale Spielart hervorbringt.

Früher oder später, so die Annahme, würde sich jeder für diese Regierungsform entscheiden. Dieser Glaube wurzelt in einer optimistischen Lesart der Geschichte der modernen Demokratie im Allgemeinen, so als wäre sie seit der Magna Charta oder der Amerikanischen Revolution gut gewesen und stetig besser geworden, während sie in Wirklichkeit in Schüben verlief und mit der Überwindung erheblicher Hindernisse zu kämpfen hatte. Die Amerikaner zum Beispiel erzählten sich (und lehrten ihre Schulkinder) die Geschichte einer Republik, die trotz Sklaverei und Bürgerkrieg, trotz brutaler Behandlung der Indianer und langem Ausschluss der Frauen vom Wahlrecht immer demokratisch war.

Gestärkt wurde dieses optimistische Narrativ durch die aufeinanderfolgenden Demokratisierungswellen des 20. Jahrhunderts: nach dem Ersten Weltkrieg, nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Fall der Berliner Mauer 1989. Diese Zuversicht überlebte sogar das Scheitern und den Zusammenbruch einiger der neuen Demokratien, die auf jede Welle folgten. Aber jetzt ist sie ins Wanken geraten.

Wenn man bedenkt, wie extrem die Krisen von Großer Depression, Weltkrieg und Entkolonialisierung waren, ist es beeindruckend, dass in der Folge so viele Menschen in verschiedenen Ländern der Meinung waren, die Demokratie sei quasi unvermeidlich. Die Demokratie wurde zu einem Leitprojekt der einzelnen europäischen Länder und schließlich der Europäischen Union, aller drei nordamerikanischen Länder, Japans, Australiens und Neuseelands. Die postkolonialen Staaten machten sich die Demokratie zu eigen, obwohl sie erkannten, dass die heuchlerischen Kolonial-